



**Verein Women´s International League for Peace and Freedom**

**- WILPF Austria (Frauenliga für Frieden und Freiheit)**

1020 Wien, Bruno – Marek Allee 5/10/2 (2. Stock Büro 2)

E-Mail: [info@wilpf.at](mailto:info@wilpf.at)

Konto: Erste Bank AT28 2011 1848 6087 8400

**Wo Bildung auf Militarisierung trifft, verliert die Demokratie**

**14.11.2025**

**Sehr geehrter Bildungsminister Christoph Wiederkehr,**

**sowie sehr geehrte Mitarbeitende des Bildungsministeriums,**

mit wachsender Befremdung nehmen wir zur Kenntnis, dass am 22. Oktober 2025 auf dem Heldenplatz in Wien eine Veranstaltung des Bundesheeres stattgefunden hat, bei der junge Menschen, darunter Schulklassen, dazu eingeladen wurden, militärische Gerätschaften, wie Panzerfäuste und Maschinengewehre in die Hand zu nehmen. Aus bildungspolitischer-, kinder- und menschenrechtlicher Sicht ist das ein Widerspruch zu einer geschlechtersensiblen, friedlichen, schulischen Praxis, zu der Österreich sich bekennt.

Sicherheitsbehörden und Bildungseinrichtungen tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass junge Menschen nicht an Gewalt als Normalität gewöhnt werden, weder durch Sprache, Haltung oder durch den physischen Kontakt mit Waffen. Durch die Inszenierung von Waffen wird militärische Gewalt jedoch als Abenteuer und berufliche Perspektive inszeniert. Dadurch verstärkt der Staat genau jene Strukturen, die als Nährboden zur Gewaltbereitschaft sichtbar werden. Hierarchien, Geschlechterstereotype, die Aufwertung von Dominanz und die Abwertung von Verletzlichkeit sind dessen Folgen. Waffen in Kinderhänden reproduzieren symbolisch dieselbe Logik, die im Bildungssystem Ungleichheiten hervorbringt, nämlich, dass Stärke mit Kontrolle, Männlichkeit mit Durchsetzungsfähigkeit und Sicherheit mit Gewalt gleichgesetzt wird. Damit entsteht nicht mehr Sicherheit, sondern ein Klima der Angst, der Konkurrenz.

Wer Sicherheit ernst nimmt, stärkt nicht Gehorsam und Waffenkompetenz, sondern Empathie, demokratische Mitgestaltung, Kritikfähigkeit und solidarisches Handeln. Wirkliche Sicherheit entsteht dort, wo junge Menschen ermutigt werden, Macht zu hinterfragen, Verantwortung zu übernehmen, Diskriminierung zu benennen und sich gegen Gewalt in jeder Form zu positionieren und nicht dort, wo man ihnen Panzerfäuste und Maschinengewehre in die Hände legt.

## **Verletzung internationaler Verpflichtungen**

Wenn staatliche Institutionen, wie das Bildungsministerium oder Schulen solche Darstellungen fördern oder dulden, untergraben sie ihre eigene Glaubwürdigkeit und verletzen den menschenrechtlichen Bildungsauftrag, wie er in der UN-Kinderrechtskonvention, CEDAW sowie im österreichischen Grundsatzterlass „Reflexive Geschlechterpädagogik und Gleichstellung“ verankert ist. Österreich ist ein Vertragsstaat der Konvention über die Rechte des Kindes (CRC) und des Fakultativprotokolls zur Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten. Letzteres verbietet ausdrücklich die Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren für Kampfhandlungen. Darüber hinaus verlangt z. B. das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), dass Bildungssysteme geschlechtergerecht, gewaltfrei und inklusiv gestaltet sein müssen. Wenn Jugendliche auf dem Heldenplatz mit Waffen in Szene gesetzt werden, wird nicht nur eine Militarisierung der Jugend sichtbar, sondern gleichzeitig eine Symbolik vermittelt, die Gewalt- und Machtdispositionen normalisiert. Das ist eine Botschaft, die schwerlich mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen Österreichs vereinbar ist. Österreich verstößt mit dieser Praxis gegen fundamentale Rechte, zu deren Einhaltung sich der Staat verpflichtet hat:

- **UN-Kinderrechtskonvention (Art. 19 & 38):** Schutz vor Gewalt, Ausnützung und militärischer Anwerbung.
- **CRC und dessen Fakultativprotokoll zur Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2000:** Verbot jeglicher Rekrutierung oder Werbung für militärische Dienste unter 18 Jahren.
- **CEDAW (Art. 5 & 10):** Verpflichtung, Geschlechterstereotype, Männlichkeitsideale und Gewaltkultur im Bildungssystem zu bekämpfen.
- **UNESCO-Agenda Bildung 2030 (SDG 4 & 5):** Gewährleistung einer friedensbildenden, geschlechtergerechten Bildung.

Die Inszenierung von Kriegsgerät als „spannendes Berufserlebnis“ widerspricht all diesen Verpflichtungen. Sie macht junge Menschen zu einem Teil einer Kriegsästhetik und nicht zu kritischen Bürger\*innen.

## **Widerspruch zu bildungspolitischen Vorgaben**

Auch national setzt Österreich Rahmenvorgaben durch die Grundsatzterlässe „Reflexive Geschlechterpädagogik und Gleichstellung“, „Politische Bildung“ und „Interkulturelle Bildung“, in denen ausdrückliche Zielsetzungen formuliert sind, wie die kritische Reflexion von Geschlechter-, Macht- und Normverhältnissen in der Schule. Wenn Schulen durch Teilnahme oder Unterstützung solcher Militär-Werbeaktionen mitwirken, werden diese Leitlinien ad absurdum geführt. Ein Bildungssystem, das Vielfalt, Selbstwirksamkeit und kritische Reflexion fördern will, darf nicht zugleich militarisierende Bilder

und Praktiken normalisieren. Die Unterrichtsprinzipien sind dazu da, um Gewalt in pädagogischen Räumen zu benennen, zu reflektieren und abzubauen, sowie Schüler\*innen zur Empathie, Friedensfähigkeit, gesellschaftlicher Verantwortung und Zivilcourage zu befähigen.

### **Feministische Kritik und Geschlechterperspektive**

Aus feministischer Perspektive ist die Darstellung von Jugendlichen als potentielle Krieger statt als selbstwirksame Subjekte ebenfalls problematisch: Sie reproduziert geschlechterstereotypische Bilder von Stärke und Schwäche. Hegemoniale Männlichkeitsideale und Gewalt werden so idealisiert und friedliche Formen der Konfliktbewältigung diskreditiert. Dies vermittelt Objekt- und Subjektrollen, in denen Mädchen und Jungen je nach Norm in eine „aktive“ bzw. „passive“ Rolle gezwungen werden. Eine Veranstaltung, wie der Berufsorientierungstag auf dem Heldenplatz setzt diese Muster ungebrochen fort, statt sie kritisch zu hinterfragen. Damit wird nicht nur ein binäres Geschlechterverständnis gestärkt, sondern auch eine Gewalt- und Machtlogik legitimiert. Schulen, Lehrkräfte und das Innenministerium tragen hier eine besondere Verantwortung, weil sie an dem Weltbild, das Jugendliche internalisieren, mitwirken.

### **Forderungen**

WILPF Austria fordert Sie im Hinblick auf die Pflicht zur Einhaltung der oben genannten Rechte auf:

- Ein sofortiges Ende solcher militärischer Werbeveranstaltungen mit Minderjährigen.
- Ein bundesweites Verbot, Schüler\*innen im Rahmen schulischer Veranstaltungen mit Schusswaffen hantieren zu lassen oder ihnen diese zu demonstrieren.
- Eine gesetzlich verankerte Friedens- und Menschenrechtsbildung, die nicht nur als Projekte oder Unterrichtsprinzipien verankert wird, sondern als gesetzlich geregelter Bestandteil des Lehrplans.
- Eine Überprüfung der Zusammenarbeit von Schulen, Jugendorganisationen und dem Bundesheer in Hinblick auf die Einhaltung der CRC, des CEDAW und nationaler Grundsatzverordnungen.
- Entwicklung gewaltfreier Alternativen zur Berufsorientierung ohne Militarisierung z. B. zivile Einsatzformen, Friedensarbeit, Technologiefelder, soziale Berufe.
- Eine verbindliche Richtlinie für Schulen, die klar festlegt, dass teilnehmende Schulen nicht mehr als Werbeplattform für militärische Gewalt fungieren dürfen.
- Ein Bildungsverständnis, das Mut nicht mit Waffenstärke, sondern mit Empathie, Zivilcourage und Reflexionsfähigkeit verbindet.



Bildung darf nicht darauf abzielen, Jugendliche als Soldat\*innen zu inszenieren, sondern als selbstbestimmte Individuen, die kritisch über Machtverhältnisse, Geschlecht und Gewalt nachdenken können. Das österreichische Innenministerium und das Bundesheer haben die Aufgabe, die Einhaltung der Menschenrechte sicherzustellen. Eine Militarisierung von Berufsorientierung ist kein neutrales Ereignis, sondern eine politische Symbolik mit Wirkung auf Geschlecht, Identität und gesellschaftliche Normen.

Schulen sind Orte der Demokratie, daher dürfen sie keine Bühne für Waffen, Macht und Angst sein. Eine Gesellschaft, die Gewalt kritisieren will und sich der Neutralität verpflichtet, darf militärische Gewalt nicht glorifizieren. Eine Schule, die Gleichstellung lebt, darf nicht zulassen, dass Männlichkeit erneut über Waffen, Mut über Risiko und Identität über Gehorsam definiert wird.

**Wir brauchen nicht mehr Panzerfäuste in Kinderhänden, sondern mehr Räume, in denen Kinder lernen dürfen, dass Frieden nicht nur Mangel an Waffen ist, sondern das Ergebnis von Verständnis, Mitgefühl und der Fähigkeit, Konflikte gemeinsam und gewaltfrei zu lösen.**

Wir hoffen auf eine verantwortungsbewusste Neuausrichtung!

Für weitere Informationen:

Elisabeth Kapeller (stellv. Vorstandsvorsitzende WILPF Austria, 06605541020) und Alexandra Enderle